

Fragen der GEW Stuttgart an die KandidatInnen der Landtagswahl in Stuttgart

Antworten Partei DIE LINKE

1. Nach dem Ausbau an **Kindertagesplätzen** ist es nun Zeit, sich an eine Verbesserung der Strukturqualität zu machen. Wie sind Ihre Vorstellungen die strukturelle Qualität in den Einrichtungen zu sichern und zu verbessern? Inwiefern unterstützen Sie die Forderung nach einem Bundeskindertagesqualitätsgesetz?

Wir unterstützen vollständig die Forderung nach einem Bundeskindertagesqualitätsgesetz. Unsere Bundestagsfraktion hat dies bereits im Bundestag gefordert. Ein solches Gesetz muss aus unserer Sicht Mindestqualitätsstandards für öffentliche Kindertagesbetreuung definieren und darüber hinaus sicherstellen, dass über diese Definitionen hinausgehende Qualität nicht abgesenkt wird. Ebenso ist ein Gestaltungsspielraum für die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern, der den regionalen Besonderheiten und Anforderungen Rechnung trägt. Der Geltungsbereich des Gesetzes soll Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege umfassen und die jeweiligen Besonderheiten der Frühförderungseinrichtungen berücksichtigen. Dabei sind insbesondere für folgende Bereiche Qualitätskriterien zu entwickeln und festzuschreiben:

- Fachkraft-Kind-Relation;
- Kompetenzprofile, Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung der Fachkräfte;
- Zeit für Führungsaufgaben, Zeit für Vor- und Nachbereitung;
- wohnort- bzw. sozialraumnahe sowie inklusive Betreuung und Förderung;
- Raumgrößen, Ausstattung und Freiflächen;
- Anspruch auf Ganztagesbetreuung und Förderung unabhängig von der Situation der Eltern;
- Qualität der Essensversorgung;
- Attraktivität des Berufsfeldes, Arbeitsbedingungen und Prävention.

Uns ist klar, dass auch im Land mehr für die Qualität in den Kitas getan werden muss. Um diese Qualität kontinuierlich zu verbessern und auszubauen fordern wir: mehr Personal im Kita-Bereich und besserer finanzielle Ausstattung sowie einem für die Eltern kostenfreies Mittagessen in den Kitas. Weitere strukturelle Qualitätssicherungsmaßnahmen sehen wir im konsequenten Ausbau der bestehenden Kitas hin zu Ganztageseinrichtungen. Kitas sind Bildungseinrichtungen und müssen auch in diesem Sinne finanziell durch das Land gefördert werden. Als Mindestbesetzung für Kindergruppen schlagen wir zwei Erzieherinnen und Erzieher pro Gruppe vor. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte müssen konsequent ausgebaut werden, insbesondere im Bereich der Sonderpädagogik, diese müssen darüber hinaus den Beschäftigten kostenlos zugänglich sein. Auch der Bereich der Sprachförderung sollte an den Kitas ausgebaut werden. Weitere Qualitätsmaßnahmen sollten im Bereich der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung getroffen werden.

2. Der Ausbau von **Ganztagschulen** in offener und gebundener Form ist auch in Zukunft ein Ziel der Bildungspolitik. Unterstützen Sie es, dass Ganztagschulen eine entsprechende Ausstattung räumlicher und personeller Art erhalten? Setzen Sie sich dafür ein, dass an Ganztagschulen aus Landesmitteln finanzierte, sozialpädagogisch ausgebildete Beschäftigte eingestellt werden? Setzen Sie sich für Anträge und Genehmigungen von Gymnasien und Realschulen auf eine Ganztageschule in gebundener Form ein?

DIE LINKE unterstützt das Konzept der Ganztageschule auch an Realschulen und Gymnasien. Dafür müssen aus unserer Sicht auch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Dies heißt für uns auch, dass ausreichende räumliche und personelle Voraussetzungen gegeben sein müssen. Das momentane Ganztageschulprogramm setzt zu sehr auf Betreuung und offene Angebote, getragen von Kräften in einem scheinbaren Ehrenamt oder in meist unsicheren Arbeitsverhältnissen,

häufig ohne adäquate Ausbildung. Zudem wurde durch die Möglichkeit von kostenpflichtigen Zusatzangeboten neben einem schlecht ausgestatteten Grundangebot die Tür geöffnet zu einem verfassungswidrigen, weil kostenpflichtigen Unterricht innerhalb der Pflichtschule. Um dem zu begegnen, setzen wir uns für mehr Einstellungen von sozialpädagogisch ausgebildeter Beschäftigter an Ganztagschulen ein, darunter auch mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Das Land muss sich hier zumindest an der Finanzierung beteiligen. Um die Finanzierung längerfristig zu verbessern und den Umbau zu Ganztagschulen weiter voranzutreiben, fordern wir auf Bundesebene die Abschaffung des Kooperationsverbotes und würden hier auch eine Bundesratsinitiative des Bundeslandes befürworten.

3. Die Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention Artikel 24 anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderung auf Chancengleichheit und gewährleisten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen. Dies wurde in Baden-Württemberg am 1. August 2015 in das Schulgesetz aufgenommen. Es besteht ein akuter Mangel an **ausgebildeten Sonderschullehrkräften**. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, dass zeitnah Sonderschullehrkräfte im Tandem an allen allgemein bildenden Schulen eingesetzt werden?

DIE LINKE teilt die Einschätzung, dass ein akuter Mangel an ausgebildeten Sonderschullehrkräften herrscht. Wir halten die Vorschläge der GEW zu Minderung dieses Mangels für zielführend. Wir unterstützen die Forderungen, dass Schulen mit Fortbildungen, Beratung, Zeit und finanziellen Ressourcen für die Unterrichtsentwicklung und für die Etablierung von Teamstrukturen unterstützt werden müssen. Wir unterstützen auch mögliche untergesetzlichen Regelungen, wie die Doppelzählung der Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Bildungsangebot für Anrechnungsstunden und Besoldung der Schulleitungen an den allgemeinen Schulen und an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sowie Anrechnungsstunden für die Kolleginnen und Kollegen der SBBZ und der allgemeinen Schule. Auch den Bedarf an zusätzlichen Personal der Staatlichen Schulämter für ihre umfangreichen, zeitintensiven zusätzlichen Aufgaben im Rahmen ihrer stärkeren Steuerungsfunktion sehen wir und wollen dort Abhilfe schaffen. Selbstverständlich unterstützen wir auch den Vorschlag der GEW, den Mangel an Sonderschullehrkräften durch ein attraktives Aufbaustudium oder andere qualitativ anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten für Hauptschul-, aber auch Grundschullehrer/innen abzubauen.

4. Die GEWerschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass in Baden-Württemberg eine Schule für alle realisiert wird. Mit der Einführung der **Gemeinschaftsschulen** ist der erste Schritt gemacht worden. Unterstützen Sie diese bildungspolitische Weiterentwicklung?

Ja. DIE LINKE tritt für einen qualitativ hochwertigen Ausbau der Gemeinschaftsschulen ein. Durch individuelle Förderung kommen in der Gemeinschaftsschule mehr Kinder zu besseren Abschlüssen und leistungsstarke Kinder werden nicht zurückgehalten. Keine andere Schulart kann die soziale Auslese in der Schule zurückdrängen. In einer solchen inklusiven Gemeinschaftsschule lernen alle Schülerinnen und Schüler bis zum 10. Schuljahr gemeinsam. Schule darf nicht krank machen. Wir wollen weder Druck noch Auslese. Leider ist Stuttgart eines der Schlusslichter bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschule. Die GMS braucht einen verlässlichen Anschluss in die gymnasiale Oberstufe und den tatsächlichen Einsatz von Lehrkräften aus Gymnasien, Realschulen und Werkrealschulen zu je einem Drittel. Sonst wird es ihr nicht gelingen, Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung zu gewinnen.

5. Wie ist **inklusive Bildung bei einem Klassenteiler von momentan 28 SchülerInnen** an den Grund- und Gemeinschaftsschulen und 30 Schülerinnen an den weiterführenden Schulen mit dem Ziel des individuellen Lernens und Förderns einlösbar?

Gar nicht. 28 Kinder in einer ersten Klasse oder 24 in einer Flüchtlingsklasse sind unververtretbar. Wir unterstützen eine Senkung des Klassenteilers in allen Schularten. Denn die schwierige Aufgabe, zunehmend zu differenzieren, ist nur leistbar, wenn die Klassenfrequenz gesenkt wird. Vordringlich ist dies dort, wo in verschiedenen Niveaus unterrichtet wird. Zudem fordern wir einen Sozialindex bei Lehrerzuweisung und Klassengröße, der es ermöglicht, die Klassengrößen z.B. bei hohem Migrantanteil zu senken.

6. Schulsozialarbeit ist vielerorts Bestandteil der schulischen Bildung. An zahlreichen allgemein bildenden Schulen wurde diese durch die Finanzierung des Landes fester Bestandteil der schulischen Arbeit. Wir halten eine fest verankerte Finanzierung der **Schulsozialarbeit an den Berufsschulen** für notwendig. Unterstützen Sie diese Forderung?

DIE LINKE hält die Schulsozialarbeit auch an Berufsschulen für unablässig, daher unterstützen wir die Forderung einer Stärkung der finanziellen Beteiligung des Landes.

7. An **beruflichen Gymnasien** werden zahlreiche Jugendliche trotz gefordertem und erbrachtem Leistungsnachweis abgewiesen, weil nicht ausreichend Schulplätze vorhanden sind. Dieses Problem wird sich noch verschärfen, wenn die Vorgaben für eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen weiterhin bestehen bleibt. Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich zur Behebung dieses Mangels vorstellen?

Wir fordern eine schnelle und verlässliche Sicherung des Übergangs in die gymnasiale Oberstufe durch verbindliche Kooperationsvereinbarungen. Die flächendeckend eingeführte Gemeinschaftsschule soll eine Oberstufe auf Gymnasialniveau anbieten und so auch zum Abitur führen. Langfristig bedarf es einer grundlegenden Reform der gymnasialen Oberstufe, die am allgemeinbildenden Gymnasium zu einseitig ausgerichtet ist, was für viele Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule zu Problemen führen wird. Die beruflichen Schulen haben hier eine wichtige Funktion. Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Abschluss müssen hier Anschlüsse finden, dass das Angebot weiter erhalten und - auch in Kooperation mit dem GMS - ausgebaut wird.

8. Das Land stellt 3 Millionen Euro für Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Gesundheit von Lehrkräften zur Verfügung. Die landesweite Erhebung „Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz von Lehrkräften“ hat u.a. eine starke Beanspruchung und Belastung der Stimme ergeben. Dies hängt eng mit der Akustik in den Schulräumen zusammen und im Sinne einer Gesundheitsprävention sind schallabsorbierende Maßnahmen in Schulräumen vorzunehmen. Werden Sie sich für die Einhaltung der **Schulbaurichtlinien** entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen einsetzen und diese Umsetzung auch kontrollieren?

DIE LINKE setzt sich für eine Finanzierungsoffensive ein, die sich den Ausbau und Sanierung der Schulen zum Ziel steckt und unter Beteiligung des Landes und des Bundes laufen soll. Dabei müssen auch bessere bauliche Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte berücksichtigt werden. Eine Verbesserung der Schulbaurichtlinien (zum Beispiel im Schallschutz) ist nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für Schülerinnen und Schüler – besonders bei differenziertem Arbeiten – notwendig. Wir schließen uns der Forderung des Städtetags an, dass das Land die „pädagogische Modernisierung“ von Schulgebäuden finanziell unterstützt.

9. Das Gymnasium ist in Baden-Württemberg eine der zwei Säulen im Schulsystem. Für die Weiterentwicklung des Gymnasiums wurde das **Gymnasium 2020** entwickelt. Welche Veränderungen halten Sie für das Gymnasium für unabdingbar?

Bei Übergangsquoten bis zu 70% (Heidelberg, Stuttgart 54%) kann sich das Gymnasium nicht mehr nur auf das obere Leistungsviertel ausrichten (E-Niveau). Alle Schularten müssen differenziert auf ihre Schülerschaft eingehen, d.h. meistens auch das M-Niveau anbieten. Dafür brauchen sie aber auch die entsprechenden Ressourcen und die entsprechende Lernzeit.

10. Die Übergangszahlen an die Werkrealschule und Hauptschulen sind in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Bis zum kommenden Schuljahr werden jedoch weiterhin Grund- und Hauptschullehrkräfte ausgebildet und eingestellt. **Haupt- / Werkrealschullehrkräfte brauchen eine berufliche Perspektive und eine Anpassung der Besoldung** für die weiteren Schularten. Für welche Veränderungen werden Sie sich einsetzen?

Die Benachteiligung der Hauptschullehrkräfte war schon bisher nicht gerechtfertigt, ihre Arbeit war bestimmt nicht weniger anspruchsvoll. Durch das Hauptschulsterben müssen sie nun ihre unverzichtbaren pädagogischen Kompetenzen an den anderen Schularten einbringen. Dort darf es kein Zweiklassensystem geben, daher unterstützen wir die Forderung der GEW-Fachgruppe Hauptschulen nach einer schnellen Angleichung auf A13. Langfristig dürfen aber auch die Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen nicht abgehängt werden.

11. Lehrkräfte, die ihren Dienst in Baden-Württemberg aufnehmen, haben **eine Absenkung ihrer Besoldung von 4% bis zu der Besoldungsgruppe A11 und 8% ab der Besoldungsgruppe A12 für die ersten 3 Berufsjahre**. Unterstützen Sie unsere Forderung der sofortigen Abschaffung dieser Absenkung?

Angesichts des akuten Lehrermangels ist die Absenkung der Eingangsbesoldung ein verhängnisvoller Schritt, der umgehend korrigiert werden muss.

12. Der letzte **Tarifabschluss** der Länder wirkt sich für wenig Tarifbeschäftigte positiv aus. Der größte Teil der Tarifbeschäftigten würde bei einer Antragstellung sich schlechter stellen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es jedoch verdient, mehr und nicht weniger Gehalt zu beziehen. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dieser Verschlechterung wieder entgegenwirken?

Wir setzen uns für eine gleiche Bezahlung von beamteten und tarifbeschäftigten Lehrkräften ein. Es bedarf aber auch eines erheblich größeren Drucks von Seiten der Gewerkschaften und vor allem mehr Solidarität unter den Beschäftigtengruppen.

13. Für viele Flüchtlinge aus allen Ländern der Welt ist Baden-Württemberg ein neues Zuhause. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die deutsche Sprache. Lehrkräfte in den **Kursen für erwachsene Flüchtlinge** sind häufig prekär Beschäftigte mit befristeten Verträgen und auf Honorarbasis. Wir halten es für dringend erforderlich, dass diese Lehrtätigkeit ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis beruhen sollte. Wie setzen Sie sich hierfür ein?

Wir beobachten mit Sorge eine Verdrängungskonkurrenz bei den Vorbereitungsklassen – Kinder mit Sprachförderbedarf werden herausgenommen, um Platz zu schaffen für Flüchtlinge. Grund sind meist fehlende Lehrkräfte. Zudem wurde die Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache und Fortbildung von der Landesregierung nur im Schmalspurmodus betrieben. Das lässt sich kurzfristig nur durch eine massive Aufstockung der Fortbildung korrigieren. Die Erwachsenenbildung muss langfristig zu einer dritten Säule im Bildungsbereich ausgebaut werden mit entsprechenden Beschäftigungsverhältnissen.